

Frageaktion der Initiative an die Parteien zur Gesamtschule

Die Richtung ist klar

Bildung ist das zentrale Thema im aktuellen Landtagswahlkampf und hat auch in Kleve in den letzten Monaten für Gesprächs- und Zündstoff gesorgt.

Die andauernde Diskussion um eine Gesamtschule in Kleve liegt uns als Initiative für eine Gesamtschule im Nordkreis Kleve natürlich am Herzen. Die Errichtung einer solchen ist ja bekanntlich von über 60% aller teilnehmenden Grundschulkind-Eltern ausdrücklich gewünscht – die kurzfristige Umsetzung ist nicht in Sicht, wie man den Äußerungen und Reaktionen der Verantwortlichen entnehmen kann.

Im Rahmen der aktuellen Diskussion um das Thema Bildung, Gesamtschule in Kleve und dem Wahlkampf interessiert die Klever Eltern natürlich die Position der KandidatInnen zu der aktuellen Situation.

Aus diesem Grund hat die Initiative im Vorfeld der Landtagswahl die KandidatInnen für den Wahlkreis 54 Kleve der im Landtag vertretenen Parteien sowie der Linken und der Piratenpartei gebeten, vier Fragen zur Bildungspolitik und natürlich auch der Gesamtschule zu beantworten.

Für die CDU wurde MdL Herr Manfred Palmen, für die SPD MdL Herr Bodo Wißen, für die FDP Herr Stefan Haupt, für die Grünen Frau Susanne Siebert, für die Linken Herr Klaus Golbach und für die Piratenpartei Herr Michele Marsching angeschrieben.

Die Antworten werden an dieser Stelle im original Wortlaut wiedergegeben.

Martin Hiller

Initiative für eine Gesamtschule im Nordkreis Kleve



1) **Werden Sie die Errichtung einer Gesamtschule in Kleve zum Beginn des Schuljahres 2011/2012 vorantreiben?**

CDU: nein

SPD: Die SPD unterstützt die Gesamtschulinitiative. Sie hat dies in der Vergangenheit getan und wird es auch in Zukunft tun. Auf Initiative der SPD-Bürgermeisterkandidaten für Kleve und Kranenburg, Josef Gietemann und Jürgen Franken hatte die SPD am 19. August 2009 zur Gründungsversammlung der Gesamtschulinitiative Nordkreis Kleve in Kleve eingeladen, um die Planungen für eine Errichtung einer Gesamtschule in Kleve voranzutreiben. Sozialdemokraten engagieren sich bis heute auf der Leitungsebene der Initiative. Die SPD wünscht und hofft, dass es zu keinen weiteren Verzögerungen in Sachen Gesamtschule mehr kommt und wir diese so schnell wie möglich realisieren können. Die Geschichte der Gründung der Gesamtschule in Goch hat gezeigt, dass die SPD, gemeinsam mit dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in der Lage ist, die Widerstände bei CDU und Verwaltung im Kreis zu brechen. Dies wird uns auch in Kleve gelingen und der Erfolg gibt uns recht. Was ich als SPD-Landtagsabgeordneter und Kreistagsmitglied tun kann, um zu helfen, will ich gerne jederzeit tun.

FDP: In der Gemeinde Bedburg-Hau (dessen Ratsmitglied ich bin) haben wir einen einstimmigen Ratsbeschluss (d.h. auch SPD und Grüne) uns nicht an einen Zweckverband Gesamtschule Kleve zu beteiligen. Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass wir bereits Mitglied des Zweckverbandes der Gesamtschule in Goch mit den daraus folgenden finanziellen Belastungen (110.000 Euro pro Jahr) in Goch sind. Zwei Gesamtschulen für Bedburg-Hau wären einfach für die Gemeinde finanziell nicht zu stemmen.

Grüne: Ja, wobei mir die Umwandlung einer bestehenden Schule in eine Gemeinschaftsschule lieber wäre, bzw. würde dies aus meiner Sicht die pragmatischste Lösung darstellen.
An erster Stelle steht für mich der Elternwille und dieser ist ja wohl eindeutig bekundet.

Linke: Das deutsche Bildungssystem leidet seit Jahren daran, dass viel zu wenig Geld zur Verfügung steht. Die Erhöhung der öffentlichen Bildungsausgaben müssen von mindestens 4,5% auf 7% des Bruttoinlandproduktes erhöht werden. Bildung muss eine staatliche Angelegenheit bleiben und darf nicht privatisiert werden.
Als mögliches MdL fordere ich zusammen mit meiner Partei DIE LINKE. NRW einen sofortigen Landtagsbeschluss zur Abschaffung des gegliederten Schul-Systems in NRW, der den raschen Umbau zu einer „Schule für Alle“ einleitet.

Piraten: Mit den Positionen der großen drei Oppositionsparteien und unserem Konzept der "fließenden Schullaufbahn" im Hinterkopf sollte ich im eigentlichen Sinn gegen die Einrichtung einer Gesamtschule nach "altem" Muster sein. Da ich aber realistisch mit einer Übergangsfrist von mehreren Jahren rechne und dem dreigliedrigen Schulsystem sehr negativ gegenüber stehe, beantworte ich die Frage mit JA. Die Gesamtschule ist die Vorstufe dessen, was ich mir für unsere Kinder wünsche, wenn es im eine chancengerechte Schule geht.

2) Befürworten Sie nach der Landtagswahl die grundsätzliche Errichtung von Gesamtschulen ausschließlich im Ganztagsbetrieb?

CDU: nein

SPD: Die NRW SPD befürwortet die Errichtung von Gesamtschulen und möchte die Ganztagsform wieder ermöglichen. Auch unser Modell der Gemeinschaftsschulen sieht Ortsnähe, längeres gemeinsames Lernen und Ganztagsbetrieb vor. Dies führt zu mehr Chancengerechtigkeit.

FDP: Ich denke, dass die Zukunft aller weiterführenden Schulen im Ganztags liegt.

Grüne: Ich bin für die Einführung eines flächendeckenden gebundenen Ganztagsangebots an allen Schulen. Ganztagschule bringt Verlässlichkeit für Eltern und Schüler und macht Lernen stressfreier.

Linke: Ich fordere einen Rechtsanspruch für einen Platz in einer Gesamtschule für jedes Kind, das dort angemeldet wird. Statt „Verwahrnastalt“ muss die Schule Plattform für soziale Entwicklung sein, so dass nicht nur das gemeinsame Lernen, sondern auch eine gemeinsame Gestaltung der Freizeit dazugehört. Sportliche Betätigung, Hobbys und frei verfügbare Zeit kommen zu kurz. Vielfältige Sport-, Musik- und Freizeitangebote fördern das soziale Miteinander, die Freude am Lernen ist wichtig für eine gesunde Entwicklung. All diese Komponenten können nur in einem Ganztagsbetrieb zufrieden stellend realisiert werden

Piraten: JA! Wenn wir über Schule reden müssen wir heutzutage anerkennen, dass sich die Realität in den Familien geändert hat. Die Ganztagsbetreuung bietet Eltern die Möglichkeit, sich voll auf ihren Job zu konzentrieren und den Kindern die Gelegenheit unter Gleichaltrigen ihren Interessen nachzugehen. Ich selbst habe Nachmittagsbetreuung als etwas sehr positives erleben dürfen und schließe mich daher der Forderung an.

3) Bis zu welcher Klasse sollten Ihrer Meinung nach gemeinsam lernen ermöglicht werden?

CDU: Bis zur vierten einschließlich. Kein gemeinsames Lernen bis zur sechsten Klasse oder darüber hinausgehend.

SPD: Für uns ist die Gemeinschaftsschule die Schule der Zukunft. Sie ist von der 5. bis zur 10. Klasse verantwortlich für die Bildung unserer Kinder. Gemeinsamer Unterricht findet zumindest in Klasse 5 und 6 statt. Ab Klasse 7 können Eltern, Schule und Schulträger entscheiden, ob es weiterhin einen vollständig integrativen Unterricht gibt oder ob eine Differenzierung (beispielsweise in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen) vorgenommen wird. Am Ende der Klasse 10 können alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erreicht werden. Wie schon erwähnt soll die Gemeinschaftsschule ganztags stattfinden.

FDP: Das bisherige Verfahren bis Klasse vier und der anschließenden Erprobungsphase in Klasse 5 und 6 hat sich bewährt.

Grüne: Gemeinsames Lernen sollte bis zum Ende der Pflichtschulzeit erfolgen. Gemeinsames Lernen schließt für mich auch Kinder mit einer Behinderung ein. Schule muss ermutigend, wertschätzend und inklusiv sein und darf niemanden zurücklassen, aussortieren, erniedrigen. Schule muss Potentiale fördern und Talente wecken.

Linke: Das gemeinsame Lernen in einer Schule darf nicht mit dem zehnten Lebensjahr enden. Die PISA -Studien zeigen, dass unser mehrgliedriges Schulsystem im internationalen Vergleich schlecht abschneidet. Es führt zu schlechten Abschlüssen und ist sozial stark selektiv. In erschreckend hohem Maße sind in NRW insbesondere Kinder aus verarmten Schichten und Kinder mit Migrationshintergrund betroffen. Ich werde dafür kämpfen, dass auch Kinder in NRW, wie die meisten Kinder in Europa, eine gemeinsame Schule von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform besuchen können.

Piraten: In einer fließenden Schule oder einer sog. Gemeinschaftsschule werden die Kinder de facto nicht getrennt, sondern wechseln nur das Gebäude. Für die Gesamtschule gilt dieser Grundsatz teilweise ebenso. Daher ist eine scharfe Trennen m.M.n. nicht der richtige Schritt, ein Nebeneinander sollte einem Hintereinander folgen. Wäre ich gezwungen zum heutigen Tag eine Antwort zu geben müsste ich allerdings das aktuelle Alter aus Kosten und Raumnutzungsgründen verteidigen. Auch hier gilt: Ein Umbau wäre ein langwieriger Prozess.

4) Welche schulpolitische Änderung würden Sie als erstes angehen wollen?

CDU: Das muss mit dem Koalitionspartner besprochen werden.

SPD: Das Sofortprogramm für bessere Bildung der NRW SPD sieht unter anderem folgende Maßnahmen vor:

- Die verbindlichen Grundschulempfehlungen und der Prognoseunterricht werden abgeschafft- zukünftig entscheiden wieder Eltern in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern über die weitere Schullaufbahn ihrer Kinder.
- Kopfnoten werden abgeschafft.
- Gemeinsam mit den Kommunen und unter Einbeziehung aller Beteiligten werden die Voraussetzungen für die Einführung der Gemeinschaftsschulen geschaffen.

FDP: Als erstes würde ich die Trennung der sog. inneren und äußeren Schulangelegenheiten aufheben. d.h. das z.B die Sekretärin welche von der Gemeinde bezahlt wird nichts zur Unterrichtsvorbereitung beitragen darf, weil dieses ja Landesaufgabe ist (Lehrer werden ja auch vom Land bezahlt). Die Schulen sollten auch selbstständig die Lehrerstellen ausschreiben dürfen, da der Umweg über die Bezirksregierung oft zu zeitlichen Verzögerungen führt. Kurz gesagt ich wünschte mir mehr Selbstständigkeit bei den Schulen. Des weiteren sehe ich die Besoldungspraxis von Lehren (die Hauptschullehrer verdienen am wenigsten was dazu führt das diese bei Lehren natürlich nicht erste Wahl sind) sehr skeptisch. Hier sollte es mehr nach Angebot und Nachfrage gehen.

Grüne: Schulträger, Lehrer-, Eltern- und Schülervetreter müssen vor Ort an einen Tisch um eine verlässliche Umstrukturierung unseres Schulsystems, der Schulen vor Ort zu planen. Ich würde die Umwandlung einer bestehenden Schule in Kleve zu einer Gemeinschaftsschule anregen, vorantreiben und begleiten wollen. Sollte hierfür keine Bereitschaft erkennbar sein, muss die Neugründung einer Gesamtschule schnellstens erfolgen.

Linken: Die Wiedereinführung der Wohnortbindung für Schülerinnen und – schüler ist entwicklungspsychologisch unabdingbar. Kinder sollen schon im Grundschul-Alter zu selbständigen Menschen werden. Dazu müssen sie die Möglichkeit haben, sich nach der Schule und am Wochenende mit anderen Kindern aus der Klasse zu treffen und ihre Freizeit gemeinsam und ohne Eltern in der Wohnumgebung verbringen zu können. Das wird nur durch Schulen möglich, die fußläufig zu erreichen sind – ohne „Eltern-Taxi“.

Piraten: Aktuell sehe ich in der Zusammenlegung von Real- und Hauptschulen den ersten Schritt in die richtige Richtung. Fakt ist: Im Kreis Kleve findet dies schon statt, auch wenn die Landesregierung auch in aktuellen TV-Debatten immer wieder starr am dreigliedrigen Schulsystem festhalten will. Dieses Zusammenwachsen weiter zu fördern wäre die eine Seite. Aktuell haben wir im Kreis Kleve jedoch auch und vor allem eine Krise der Grundschulen. Mit Lehrkräftemangel und Strukturproblemen kämpfend möchte ich in diesem Bereich meinen zweiten Fokus haben. Packen wir hier nicht an, haben die weiterführenden Schulen in Kürze diese Probleme selber auf der Schulbank sitzen.